

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

14. Juli 2014

Syrien

Staffan de Mistura neuer UN-Gesandter für Syrien

Die UN ernannte den italienisch-schwedischen Diplomaten Staffan de Mistura als Nachfolger des im Mai zurückgetretenen Lakhdar Brahimi zu ihrem neuen Syrien-Gesandten.

UN-Resolution soll verabschiedet werden

Der UN-Sicherheitsrat will am 14.07.14 eine UN-Resolution verabschieden, die Syrern Zugang zu humanitärer Hilfe bringen soll. Die Resolution gebe nach Angabe internationaler Diplomaten grünes Licht für Hilfskonvois, die aus der Türkei, Jordanien und dem Irak zu den Hilfsbedürftigen in Syrien kommen sollen. Bis zu 1,9 Millionen Menschen sollen mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden.

Syrien/Libanon/Israel

Israelische Armee greift Ziele in Libanon und Syrien an

Die israelische Armee beschloss am Morgen des 14.07.14 Ziele in Syrien und im Libanon. Vorgegangen waren drei Raketenangriffe seit 11.07.14 aus dem Süden Libanons, der Hochburg der Hizbollah. Hamas distanzierte sich von den Angriffen vom Libanon aus. Auch von Syrien aus wurde Israel erstmals beschossen, wobei das Geschoss auf den besetzten Golan-Höhen einschlug. Personen- und Sachschäden soll es auf israelischer Seite nicht gegeben haben. Israel befürchtet, militante Gruppierungen in Syrien und im Libanon könnten eine zweite Frontlinie eröffnen.

Palästinensische Autonomiegebiete/Israel

Gaza-Einsatz massiv ausgeweitet

Trotz zunehmender Opferzahlen und internationaler Friedensappelle ist im Gaza-Konflikt kein Ende des Blutvergießens in Sicht. Knapp eine Woche nach Beginn ihrer Offensive weitete die israelische Armee am 13.07.14 ihren Einsatz gegen militante Palästinenser noch aus. Erstmals drangen Eliteeinheiten vom Mittelmeer aus in den Gazastreifen ein. Israels Streitkräfte bombardierten als Reaktion auf den ständigen Raketenbeschuss seit dem 08.07.14 massiv Ziele aus der Luft. Die Zahl der Opfer stieg praktisch stündlich - auf zuletzt mindestens 166 Tote und 1.120 Verletzte.

Irak

Entwicklung der Lage

Am 09.07.14 wird berichtet, dass die Extremistengruppe Islamischer Staat (IS) bereits Mitte Juni eine Chemiewaffenfabrik nahe Bagdad einnahm. In Muthanna sollen noch Tausende mit Nervengas gefüllte Raketen lagern. Nach amerikanischer Einschätzung handelt es sich dabei um altes, nicht mehr gebrauchsfähiges Material. Ebenfalls am 09.07.14 fanden irakische Polizisten in Hilla (Provinz Babil) die Leichen von 53 Män-

nern. Die Hintergründe der Tat sind unklar. Hilla ist eine überwiegend von Schiiten bewohnte Stadt in einer sunnitisch geprägten Gegend.

Am 10.07.14 wird berichtet, dass der irakische UN-Botschafter Mohamed Ali Alhakim warnte, Terroristen seien an von der Regierung nicht mehr kontrollierten Orten an atomare Stoffe gelangt. Dabei soll es sich um an der Universität von Mosul gelagerte Urangemische handeln. Über die Gefährlichkeit der Gemische besteht Uneinigkeit.

Am 11.07.14 sollen Kämpfer der IS in Mosul Jahrhunderte alte Grabstätten zerstört haben.

Presseberichten zufolge stürmten am 12.07.14 Bewaffnete in einem überwiegend von Schiiten bewohnten Viertel im Osten Bagdads einen Wohnblock und erschossen 28 Frauen und zwei Männer. Im Norden und Westen der Stadt kämpften Regierungstruppen gegen sunnitische Extremisten.

Am 13.07.14 sollen Kämpfer der IS Richtung Bagdad vorgerückt sein und große Teile der 80 Kilometer nördlich gelegenen Stadt Dhulujah eingenommen haben. Von mindestens sechs Toten wird berichtet.

Massenmord in Gefängnissen

Human Rights Watch (HRW) wirft irakischen Einsatzkräften und verbündeten Schiitenmilizen vor, seit 09.07.14 in sechs Städten mindestens 255 sunnitische Gefangene getötet zu haben. HRW dokumentierte unter Berufung auf Augenzeugen und Angaben von Einsatzkräften fünf Massentötungen in Gefängnissen in Mosul, Tal Afar, Baaquba, Jumarkhe und in Rawa zwischen dem 09. und 12.07.14. IS hätte während ihrer Offensive mehrere Gefängnisse im Süden geöffnet und viele sunnitische Gefangene hätten sich nach ihrer Befreiung der Gruppe angeschlossen, so HRW unter Bezugnahme auf lokale Berichte.

IS-Kalifat

Nach Angaben der Organisation „The Clarion Project“¹, die sich auf Berichte arabischer Medien bezieht, forderte IS von irakischen Familien, ihre unverheirateten Töchter zur sexuellen Unterstützung des „Heiligen Krieges“ an IS auszuliefern. Die Forderung sei in von der Gruppe besetzten Gebieten an öffentlichen Plätzen plakatiert worden. Wer sich weigere, werde gemäß der Scharia bestraft. IS-Kämpfer seien in Mosul von Tür zu Tür gegangen, hätten Männer getötet und deren Frauen vergewaltigt. Von entsprechenden Übergriffen in Tikrit wird berichtet.

Situation der Christen

Nach Angaben des Erzbischofs von Mosul hätten bereits alle Christen aufgrund des Vormarsches der IS die Stadt verlassen. Die kurdische Regierung nehme Angaben des chaldäisch-katholischen Erzbischofs von Erbil vom 09.07.14 zufolge Christen auf, während Muslime nur eine zeitweise Aufenthaltsberechtigung bekämen. Die Regierung berate die Flüchtlinge, stelle ihnen aber keine materielle Hilfe zur Verfügung.

UNHCR berichtete bereits am 27.06.14 von mehr als 10.000 Christen (andere Quellen bis zu 40.000), die in den Tagen zuvor insbesondere aus dem überwiegend von Christen bewohnten Gebiet Karakosh (Nordirak, etwa 30 km von Mosul entfernt) in die kurdischen Autonomiegebiete geflohen waren. Berichten zufolge teilte der Erzbischof von Mosul am 29.06.14 mit, dass Christen langsam nach Karakosh zurückkehren. Neuere Erkenntnisse hierzu liegen jedoch nicht vor.

Regierungsbildung

Die ursprünglich auf Mitte August verschobene Parlamentssitzung (vgl. BN v. 07.07.14) wurde aufgrund massiver Kritik an der zeitlichen Verzögerung auf 13.07.14 vorgezogen. Die Wahl eines Parlamentspräsidenten scheiterte jedoch erneut. Die Sitzung wurde auf 15.07.14 vertagt. Die Regierungsbildung gilt als wichtigste Voraussetzung, um die politische Blockade in Bagdad zu beenden und den Vormarsch der IS zu stoppen.

Kurden planen Unabhängigkeit

Die kurdische Regierung bereitet ein Unabhängigkeitsreferendum vor. Der Ton zwischen den Regierungen in Erbil und Bagdad wird zunehmend schärfer. Presseberichten zufolge erklärte Ministerpräsident al-Maliki, dass er „einen schicksalhaften Kampf“ führen werde, um die Einheit des Irak zu gewährleisten. Er warf den Kurden vor, mit IS zusammenzuarbeiten und ihr Unterschlupf zu gewähren. Am 11.07.14 übernahmen kur-

¹ „The Clarion Project“ ist eine islamkritische Non-Profit Organisation mit Sitz in New York (gegründet 2006).

dische Peschmerga zwei strategisch wichtige Ölfelder nahe Kirkuk. Das Ölministerium in Bagdad verurteilte die Einnahme als verfassungswidrig.

Türkei

Erdogan kann Regierungschef bleiben

Nach einem Beschluss der Wahlkommission darf Ministerpräsident Erdogan Regierungschef bleiben, obwohl er für das Präsidentenamt kandidiert. Das Gremium wies am 12.07.14 Oppositionsforderungen nach einem Rücktritt Erdogans vor der Präsidentenwahl am 10.08.14 einstimmig zurück, wie die Nachrichtenagentur Anadolu meldete. Die Opposition befürchtet, dass der Regierungschef für seinen Präsidentschaftswahlkampf staatliche Ressourcen nutzen könnte. Erdogan geht als klarer Favorit in die Wahl, in der erstmals das Volk den Präsidenten bestimmt.

Jemen

Huthi-Rebellen erobern Provinzhauptstadt Amran

Eigenen Angaben zufolge haben die schiitischen al-Huthi-Rebellen nach heftigen Kämpfen die Provinzhauptstadt Amran im Norden Jemens erobert. Die al-Huthi-Rebellen hatten sich in den vergangenen Tagen mit jemenitischen Soldaten und Kämpfern der Islah-Partei in der Provinz Amran schwere Kämpfe geliefert. Die Kämpfer der sunnitischen Islah-Partei seien aus dem Ort geflohen, sagte ein Sprecher der Aufständischen. Nach Armeeangaben hätten Rebellen einen Militärstützpunkt umzingelt und von umliegenden Gebäuden auf die Soldaten gefeuert. Die Rebellen hatten im Jahr 2004 einen Aufstand begonnen. Sie wollen für ihre Stammesgebiete im Norden des Landes die Unabhängigkeit erreichen.

Libyen

Kämpfe um Flughafen in Tripolis

Bei schweren Gefechten rund um den Flughafen von Tripolis zwischen bewaffneten Milizen hat es am 13.07.14 nach Angaben eines Sprechers des Gesundheitsministeriums mindestens sechs Tote gegeben und 25 Verletzte gegeben. Es kam zu Kämpfen zwischen Anhängern der Sintan-Brigaden, die den Flughafen kontrollierten, und anderen Gruppen, die sie vertreiben wollten, hieß es seitens der Flughafenbehörden. Der Flugverkehr wurde bis auf Weiteres eingestellt.

Ägypten

Acht Tote auf dem Sinai

Vermutlich militante Islamisten beschossen in der Nacht zum 14.07.14 einen Stützpunkt der ägyptischen Armee in der Stadt Al-Arisch im Norden der Sinaihalbinsel. Die Raketen schlugen in einem Wohngebiet in der Nähe des Armeepostens ein. Dabei kamen sieben Zivilisten und ein Soldat ums Leben.

Nigeria

Boko Haram bekennt sich zu Anschlag in Lagos

In einem am 13.06.14 veröffentlichten Video bekannte sich Abubakar Shekau, der Anführer der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram, zu mehreren Anschlägen in Nigeria. Dazu zählen ein Anschlag auf das „Emab Plaza“-Einkaufszentrum in Abuja am 25.06.14 mit über 20 Toten sowie Explosionen in der Nähe eines Benzindepots im Hafenviertel Apapa der Stadt Lagos am selben Tag. Bei dem Vorfall in Apapa wurden zwei, nach anderen Angaben fünf Personen getötet. Laut offizieller Darstellung soll es sich um einen durch ein Gasleck verursachten Unfall gehandelt haben. Dagegen berichten die Nachrichtenagenturen Reuters und AFP, teils unter Berufung auf drei hochrangige Informationsquellen aus dem Sicherheitsbereich, dass die Explosionen höchstwahrscheinlich auf das Konto einer Selbstmordattentäterin gehen. Unklar sei

aber, ob der Anschlag durch Boko Haram selbst oder durch eine von Boko Haram inspirierte andere islamistische Gruppe erfolgt sei. Der Vorfall in Apapa wäre der erste Anschlag der Boko Haram in Nigerias südlicher Wirtschaftsmetropole Lagos. Ferner bezeichnet Shekau in dem neuen Video den Anführer der radikal-sunnitischen Gruppe Islamischer Staat (IS), Abu Bakr al-Bagdadi, als einen seiner „Brüder“ und wünscht, dass dieser sowie der Al-Kaida-Chef Aiman al-Sawahiri und Taliban-Führer Mullah Omar von Allah geschützt werden.

Äthiopien

Oppositioneller ausgeliefert

Andargachew Tsige, Generalsekretär der in Äthiopien als Terrororganisation eingestuften Ginbot 7, wurde Berichten von Anfang Juli 2014 zufolge im Juni 2014 vom Jemen an Äthiopien ausgeliefert. Der britische Staatsbürger war 2009 und 2012 in Äthiopien aufgrund von Terrorismusvorwürfen in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Äthiopische Stellen bestätigten am 09.07.14 seine Inhaftierung.

Die Todesstrafe wurde im Jahr 2013 in mindestens acht Fällen verhängt und 2007 letztmals vollstreckt.

Zentralafrikanische Republik

Für Menschenrechtsverletzungen mutmaßlich Verantwortliche genannt

In einem am 10.07.14 veröffentlichten Bericht nennt Amnesty International die Namen von Personen, die mutmaßlich verantwortlich sind für Menschenrechtsverletzungen im Land. Dabei handele es sich um hochrangige Mitglieder der Séléka und der Anti-Balaka sowie deren Verbündete. Genannt werden u.a. die ehemaligen Präsidenten François Bozizé und Michel Djotodia, Levy Yakété (Anti-Balaka) sowie Noureddine Adam (Séléka). Die Mehrzahl der Genannten lebe offen im Lande, andere im Tschad und in Frankreich.

Am 07.07.14 starben mehr als 20 Menschen bei einem Angriff auf ein bis zu etwa 6.000 Menschen beherbergendes Lager von Binnenflüchtlingen auf dem Gelände der Saint Joseph Catholic Church in Bambari.

Mali

37 Tote bei Kämpfen zwischen rivalisierenden Rebellengruppen

Am 11.07.14 kam es im Norden Malis zu Kämpfen zwischen der MNLA (Mouvement national pour la libération de l'Azawad) und der MAA (Mouvement arabe de l'Azawad). Bei den Kämpfen 100 km südlich von Kidal, einem von der MNLA kontrollierten Gebiet, sollen 37 Kämpfer getötet worden sein.

Frankreich hat offiziell verkündet, seinen Militäreinsatz in Mali beendet zu haben. Anstelle der Operation „Serval“, die Frankreich im Frühjahr 2013 in Mali begonnen hatte, soll in den nächsten Tagen eine neue Operation „Barkhane“ gestartet werden, welche mit 3000 Soldaten den Kampf gegen islamistische Gruppen in fünf afrikanischen Ländern (Mali, Mauretanien, Niger, Tschad und Burkina Faso) fortsetzen soll.

Somalia

Angriff auf Präsidentenpalast

Kurz nach Beendigung einer Sicherheitskonferenz von Regierungs- und Parlamentsangehörigen verschafften sich am 09.07.14 Kämpfer der al-Shabaab gewaltsam Zugang zum Gelände der Präsidentenresidenz Villa Somalia. Es folgten heftige Feuergefechte mit Sicherheitskräften und Einheiten der AMISOM, bis die Angreifer zurückgeschlagen werden konnten. Insgesamt sollen nach Berichten von Augenzeugen neun Menschen ums Leben gekommen sein, unter ihnen mehrere Selbstmordattentäter, die sich in die Luft sprengten. Präsident Hassan Sheikh Mohamud befand sich zum Zeitpunkt der Ereignisse nicht in der Villa Somalia. Er erklärte, es habe nur vier Angreifer gegeben. Drei seien bereits auf dem Parkplatz erschossen worden, einer sei festgenommen worden. Die al-Shabaab verlautbarte, ihre Kämpfer hätten 14 Soldaten getötet.

Als Konsequenz aus dem Angriff vom Vortag entließ Präsident Hassan Sheikh Mohamud am 10.07.14 die Leiter von Polizei und Geheimdienst. Der frühere Geheimdienstchef Khalif Ahmed Ereg wurde zum neuen

Minister für Nationale Sicherheit ernannt. Leiter der Polizei ist künftig Mohammed Sheikh Hassan; Geheimdienstchef wurde Mohammed Abdulahi Hassan.

Ehemaliges Parlamentsmitglied ermordet

Am 08.09.14 erschossen Unbekannte im Stadtbezirk Wadajir in Mogadischu ein früheres Mitglied des Parlaments.

Südsudan

Sanktionen der EU gegen hohe Militärs

Am 10.07.14 beschloss die EU, zwei hochrangigen südsudanesischen Militärangehörigen die Einreise in die Mitgliedsstaaten der EU zu untersagen und ihr Vermögen einzufrieren. Ihnen wird vorgeworfen, Gräueltaten begangen und durch Verstöße gegen die vereinbarte Waffenruhe den Friedensprozess in Südsudan gefährdet zu haben. Die Namen wurden noch nicht bekannt gegeben.

Ukraine

Militäroffensive gegen Separatisten im Osten des Landes dauert an

Das ukrainische Militär ist am 12. und 13.07.14 massiv gegen die Rebellen im Osten des Landes vorgegangen. Nach eigenen Angaben tötete allein die Luftwaffe Dutzende prorussische Separatisten. Die Kämpfe dauern an. Bereits am 11.07.14 wollen ukrainische Streitkräfte bei Luftschlägen in den Regionen Donezk und Luhansk rund tausend Rebellen getötet haben. Die Stadtverwaltung von Donezk teilte nun mit, dass bei Gefechten am 12.07.14 in zwei Stadtteilen zwölf Menschen getötet und mehrere verletzt worden seien. Für den Ortsteil Marjinka wurde die Zahl mit sechs getöteten Zivilisten angegeben. Separatisten hatten zuvor von 30 Toten gesprochen.

70.000 Menschen fliehen vor Angriffen

Die blutige Offensive am vergangenen Wochenende hat Tausende Menschen aus den noch verbliebenen Rebellenhochburgen im Osten der Ukraine vertrieben. Mehr als 70.000 Einwohner der Stadt Donezk hätten die Stadt verlassen, erklärte Alexander Borodaj, selbsternannter Chef der Rebellen.

Von russischer Seite hieß es unterdessen, dass zum ersten Mal beim Beschuss russischen Staatsgebiets von ukrainischem Territorium aus ein Mensch getötet und zwei weitere verletzt worden seien. Das berichteten die russischen Agenturen Interfax und Itar-Tass unter Berufung auf Sicherheitskräfte - eine offizielle Bestätigung gibt es jedoch nicht. Sollte sich der Vorfall bewahrheiten, dürfte dies die Situation weiter verschärfen. Moskau hatte der Ukraine bei einer neuen Provokation mit Gegenmaßnahmen gedroht.

Bericht von Amnesty International prangert Menschenrechtsverletzungen in der Ostukraine an

Sowohl die bewaffneten Separatisten in der Ostukraine als auch manche Regierungssoldaten haben sich laut Amnesty International „gravierende Menschenrechtsverletzungen“ zu Schulden kommen lassen. In die Hände der beiden Konfliktparteien geratene Aktivisten, Demonstranten und Geiseln seien nach eigenen Schilderungen auf „erschütternde“ Weise behandelt worden, heißt es in einem Bericht der Organisation.

Vor allem die Separatisten nahmen demnach zahlreiche Geiseln, die „oft brutal geschlagen und gefoltert“ wurden. Allerdings seien auch auf Seiten der regierungstreuen Kräfte Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Ein Amnesty-Team habe in den vergangenen Wochen Foltervorwürfe gegen beide Seiten geprüft und mit verschiedenen Menschenrechtsgruppen vor Ort zusammengearbeitet. Obwohl keine genauen Zahlen vorliegen, sei von Hunderten Entführungen in der Ostukraine auszugehen. Opfer seien oftmals Zivilisten. Die Gewalt der bewaffneten Separatisten treffe dabei nicht nur politische Gegner, sondern diene auch dazu, „die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und zu kontrollieren“, heißt es im Bericht. Die Erpressung von Lösegeld sei ebenfalls ein Motiv. Oftmals herrsche „ein Vakuum, was Sicherheit und Autorität angeht“, erklärte Amnesty. Die Angst vor Repressalien, Entführungen und Folter sei bei den Menschen allgegenwärtig.

Myanmar

Hohe Haftstrafen für Journalisten

Der Pakokku District Court (Region Magway) verurteilte am 10.07.14 fünf Journalisten wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit zu je zehn Jahren Haft. Sie hatten ab Ende Januar 2014 in in der Zeitung Unity erschienenen Artikeln über eine mutmaßliche Chemiewaffenfabrik in Myanmar berichtet und wurden daraufhin im Februar 2014 festgenommen.

Nach offizieller Darstellung wurden in der Fabrik niemals chemische Waffen hergestellt.

China

Xinjiang: tödlicher Angriff auf Han-Chinesen

Im Kreis Wushi (Präfektur Aksu) erstachen mehrere Personen, bei denen es sich vermutlich um Uiguren handelte, sechs Han-Chinesen. Die Polizei erschoss einen Angreifer, drei wurden festgenommen und weitere flohen. Hintergründe der Tat wurden zunächst nicht bekannt.

Uiguren beklagen, dass die umfangreichen wirtschaftlichen Fördermaßnahmen, die von der Zentralregierung nach Xinjiang fließen, vor allem den zahlreich zuwandernden Han-Chinesen zugutekämen.